Detailansicht des Registereintrags

Stiftung Klimaneutralität gGmbH

Aktuell seit 24.11.2026 15:02:08

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R004618
Ersteintrag:	20.05.2022
Letzte Änderung:	24.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	12.08.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Stiftung Klimaneutralität Unter den Linden 42 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930629394630 E-Mail-Adressen: info@stiftung-klima.de Webseiten: www.stiftung-klima.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
290.001 bis 300.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
7,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Silja Pieh**
   Funktion: Geschäftsführer
2. **Thomas Losse-Müller**
   Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Frederik Digulla**
2. **Dr. Marian Jacobs**
3. **Fabio Kopanski**
4. **Frederik Maria Josten**
5. **Sören Borghardt**
6. **Silja Pieh**
7. **Thomas Losse-Müller**

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (16):
Allgemeine Energiepolitik; Atomenergie; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; Land- und Forstwirtschaft; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Artenschutz/Biodiversität; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Automobilwirtschaft; Industriepolitik; Gebäudeenergieeffizienz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Deutschland soll bis 2045 klimaneutral werden und die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65% (im Vergleich zu 1990) reduzieren. Um diese Ziele tatsächlich zu erreichen braucht es wissenschaftlich fundierte Analysen, Instrumente und Policy Design. Dazu will die Stiftung Klimaneutralität einen Beitrag leisten.

Konkrete Regelungsvorhaben (17)

1. **Klimaschutzgesetz und Klimaschutzprogramm**

   Beschreibung:
   Änderungen im Bundes-Klimaschutzgesetz

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/11183 (Vorgang) [alle RV hierzu]
zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/8290, 20/8670 - Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:
KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

2. **Arbeitsprogramm BReg Klimaschutz**

Beschreibung:
Weiterentwicklung des Klimaschutzprorgramm der Bundesregierung und Koalitionsvertrag.

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]; EKFG [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]; KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Atomenergie [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504160001** (PDF - 88 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.01.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
   Organe [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

3. **Sektorübergreifende Reformagenda für Klimaneutralität 2030/2045**

Beschreibung:
Umfassende Reform der klimapolitischen Instrumente in Deutschland mit 55 konkreten Handlungsempfehlungen für die Bereiche Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft zur Erreichung der Klimaziele 2030 (65% Emissionsminderung gegenüber 1990) und Klimaneutralität 2045.

Betroffenes geltendes Recht:
KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Atomenergie [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

4. **Weiterentwicklung PV-Politik und Flexibilisierung des Stromsystems**

Beschreibung:
Die Stiftung Klimaneutralität verfolgt das Ziel, die Flexibilisierung des Stromsystems voranzutreiben und damit eine bessere Integration von Erneuerbaren Energien, insbesondere Photovoltaik (PV), zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wurde zum einen zehn Politikempfehlungen in einem dedizierten Bericht veröffentlicht. Zum anderen wurden drei Empfehlungen rechtlich ausformuliert, die Anreize für einen beschleunigten Smart Meter

Rollout setzen und die Rechtssicherheit bei den Netzanschlüssen von Großbatteriespeichern verbessern.

Betroffenes geltendes Recht:
MessbG [alle RV hierzu]; KraftNAV [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2601230015** (PDF - 32 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.07.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

5. **Strombedarfsprognose im BMWE**

Beschreibung:
Beschreibung von acht strategische Dimensionen: Sicherstellung von Klimaneutralität 2045 als Planungsgrundlage, Vorbereitung auf rasches Wachstum bei Wärmepumpen und E-Mobilität trotz kurzfristiger Verzögerungen, Berücksichtigung industrieller und digitaler Wertschöpfung (einschließlich Rechenzentren für KI) bei Strombedarfsprognosen, ambitionierter EE-Ausbau zur Senkung der Strompreise, schnellerer und kosteneffizienter Netzausbau durch Flexibilisierung der Planungsprozesse und Priorisierung von Freileitungen, Flexibilität als kosteneffizientester Systemoptimierungsansatz, technologieoffener Kapazitätsmarkt für kosteneffiziente Versorgungssicherheit sowie differenzierte Betrachtung der deutschen Wasserstoffproduktion unter Import- und Resilienz-Gesichtspunkten.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

6. **Einkommensabhängige Anschaffungsförderung für private Elektrofahrzeuge**

Beschreibung:
Die Stiftung Klimaneutralität setzt sich für eine sozial ausgerichtete Förderung privater Elektromobilität ein: 1. Die Anschaffungsförderung für Elektro-Pkw wird für Haushalte mit geringem Einkommen verlängert, mit enger gefassten Einkommensgrenzen, ohne Vorfinanzierung und einschließlich Leasing ohne Ausschluss durch Bonitätsprüfungen. 2. Bei Bundesnetzagentur oder Bundeskartellamt wird eine Markttransparenzstelle für Ladeinfrastruktur eingerichtet, die die Einhaltung der EU-Verordnung AFIR überwacht und Sanktionen verhängen kann. 3. Ladetarife werden auf einen kWh-Preis und eine angemessene Blockiergebühr begrenzt, Roaming-Zugangsentgelte offengelegt und Blockiergebühren an Normalladepunkten nachts gestrichen. 4. Der Gebrauchtwagenmarkt für Elektro-Pkw wird unterstützt.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/5873 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Preisangabenrechts zur Sanktionierung von Verstößen gegen nationale und europäische Regelungen über Preisangaben
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2603100009** (PDF - 30 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.01.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

2. **SG2611240024** (PDF - 48 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 29.09.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

7. **Wirksame Fernwärme-Preisregulierung im Wärmenetzgesetz und sozial gestaffelte BEG-Förderung**

Beschreibung:
Die Stiftung Klimaneutralität setzt sich im Gebäudebereich ein für: 1. Wirksame Regulierung der Fernwärmepreise im geplanten Wärmenetzgesetz, das die AVBFernwärmeV ablöst. 2. Ausbau der einkommensabhängigen BEG-Förderung für Heizungstausch und Effizienzmaßnahmen bei selbstnutzenden Eigentümerinnen und Eigentümern mit geringem Einkommen. 3. Ein Förderkonzept für den vermieteten Bestand mit warmmietenneutralen Sanierungen bei privaten Kleinvermietenden mit geringem Einkommen. 4. Ausrichtung der BEG-Förderung an der kommunalen Wärmeplanung.

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]; AVBFernwärmeV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Gebäudeenergieeffizienz

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2603100010** (PDF - 20 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.12.2025 an:

   Bundestag

   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

2. **SG2611240021** (PDF - 40 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 08.09.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

8. **Reform des Wärmeplanungsgesetzes: Soziale Kriterien und verbindlichere Gebietsausweisung**

Beschreibung:
Die Stiftung Klimaneutralität setzt sich für eine Reform des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) in fünf Bereichen ein: Erstens die gesetzliche Verankerung sozio-ökonomischer Kriterien bei der Gebietsausweisung, insbesondere für Prüfgebiete. Zweitens ein verbindlicher Technikkatalog, eine behördliche Methodikprüfung und eine Reduktion von Prüfgebieten zugunsten verbindlicher Gebietsausweisungen, mit Klärungsfrist für verbleibende Prüfgebiete. Drittens ein ergänzendes Quartiersinstrument für dezentrale Versorgungsgebiete. Viertens die Pflicht zur Benennung von Aufgabenträgern gegen die selektive Erschließung wirtschaftlich attraktiver Gebiete (Rosinenpicken). Fünftens die Kopplung von BEW und BEG an einen ab der ersten Fortschreibung verbindlichen Wärmeplan.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/8654 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze
1. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6587 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wärmeplanungsgesetzes
1. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
WPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2603100011** (PDF - 35 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.01.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

2. **SG2605130005** (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

3. **SG2611240017** (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.06.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

9. **Finanzierung der Energienetze über den Deutschlandfonds und öffentliche Versorgungsrücklagen**

Beschreibung:
Die Stiftung Klimaneutralität setzt sich zur Finanzierung der Energienetze ein für: 1. Ausgestaltung des Energie-Bausteins des Deutschlandfonds mit Kreditgarantien, öffentlichem Eigenkapital, Projektgesellschaften und Verbriefung. 2. Einrichtung eines Public-Investor-Pools unter dem Deutschlandfonds: geschlossenes Anlagevehikel unter KfW-Führung für Minderheitsbeteiligungen an Strom- und Wärmeverteilnetzen (5 bis 100 Mio. Euro), zuerst für öffentliche Versorgungsfonds, danach für private Investoren. 3. Neue

Anlagerichtlinien für Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds des Bundes: 50 Prozent Aktien, 25 Prozent verzinsliche Anlagen, 25 Prozent private Märkte und Infrastruktur, davon 5 Prozent des Portfolios für Energieinfrastruktur in Deutschland; unabhängige Aufsicht, jährlicher Bericht.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/600 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7300 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2027 (Haushaltsgesetz 2027 - HG 2027)
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
KfWV [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; BEGTPG [alle RV hierzu]; VersRücklG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2603100012** (PDF - 78 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.12.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2611240020** (PDF - 24 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.07.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

10. **Einführung einer Quote für grünes Ammoniak in der Düngemittelproduktion**

Beschreibung:
Die Stiftung Klimaneutralität setzt sich für die Einführung einer nationalen Quote für grünes Ammoniak in der Produktion von mineralischen Stickstoffdüngemitteln ein. Die Quote soll Inverkehrbringer von ammoniakhaltigen Stickstoffdüngern verpflichten, einen steigenden Anteil RFNBO-konformen Ammoniaks einzusetzen (vorgeschlagen: 7 % ab 2031, ansteigend auf 70 % bis 2035). Ergänzend sollen staatlich gestützte Differenzverträge (CfD) Investitionen in grüne Erzeugungskapazitäten auslösen. Ziel ist die Schaffung eines Leitmarktes für grünen Wasserstoff im Düngemittelsektor, der Nachfragesicherheit für den Wasserstoffmarkthochlauf gewährleistet und zur Erfüllung der EU-RFNBO-Industriequote nach Art. 22a RED III beiträgt.

Betroffenes geltendes Recht:
DüngG [alle RV hierzu]; KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603230003** (PDF - 83 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.11.2025 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

11. **Reform der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) mit Fokus auf einkommensgestaffelte Heizungsförderung**

Beschreibung:
Reform der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG): Ersetzung der Kombination aus Grundförderung, Geschwindigkeits- und Einkommensbonus durch eine einheitliche einkommensgestaffelte prozentuale Förderung für den Heizungstausch (Fördersätze 10 bis 80 Prozent). Jährliche Degression der Kostenhöchstgrenzen um 5 Prozent. Zweckgebundener KfW-Eigenanteilskredit für Haushalte in der höchsten Förderstufe. Bevollmächtigung von Fachbetrieben und Abtretbarkeit des Zuschussanspruchs. Nachgelagerte

Einkommensprüfung im Regelverfahren. Havarie-Sofortprogramm mit Direktzahlung an Fachbetriebe. Faktor 1,5 auf die Kostenhöchstgrenzen bei fehlender Zentralheizung. Abschaffung der Effizienzhausförderung (BEG WG). Beibehaltung der Einzelmaßnahmenförderung und der steuerlichen Förderung nach § 35c EStG.

Betroffenes geltendes Recht:
EStG [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; KredAnstWiAG [alle RV hierzu]; EKFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2604230041** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.04.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

12. **Vollzugsregelungen zur Bio-Treppe im Gebäudemodernisierungsgesetz: Versorgungsvertrag, Schornsteinfeger-Prüfung, Bußgelder**

Beschreibung:
Vollzugsfeste Ausgestaltung der Bio-Treppe im Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG): Pflicht zum Abschluss eines Versorgungsvertrags beim Einbau einer fossilen Heizung; der Vertrag muss die gesetzlichen Mindestanteile klimafreundlicher Brennstoffe und eine Preisindikation enthalten. Bestätigungspflicht des Brennstofflieferanten zu Anteilen, Kosten und Stufenerhöhungen; Unschädlichkeitsregelung bei Lieferausfall. Erweiterung des Prüfauftrags des Bezirksschornsteinfegers (§ 97 GEG) um die Kontrolle des Vertrags bei der ersten Abgasprüfung und der Abrechnung bei jeder Feuerstättenschau. Anhebung der Bußgelder für juristische Personen in § 108 GEG auf die mittlere Stufe (bis 10.000 Euro). Verordnungsermächtigung zu Vertragsinhalt, Standardformular, AGB-Schranken und digitalem Register.

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]; OWiG 1968 [alle RV hierzu]; SchfHwG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2604230044** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.03.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

13. **Mieterschutz begleitend zum Gebäudemodernisierungsgesetz: Betriebskostendeckel und Ausschluss der Modernisierungsumlage**

Beschreibung:
Mietrechtliche Flankierung des Gebäudemodernisierungsgesetzes (GModG) durch Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB). Erstens: Einführung eines Technologieausgleichsfaktors in den §§ 556 ff. BGB. Für Mieter in Wohnungen mit nach Inkrafttreten des GModG eingebauten fossilen Heizungen begrenzen sich die umlagefähigen Brennstoffbezugskosten auf die Höhe der Kosten, die bei Anwendung des Stromdurchschnittspreises geteilt durch den Wert 3,0 anfielen; die Differenz trägt der Vermieter. Zweitens: Ausschluss fossiler Heizungsanlagen von der Modernisierungsumlage nach §§ 559 und 559e BGB beim Neueinbau. Drittens: Überführung der in § 71o GEG enthaltenen Halbierung der Modernisierungsumlage bei ineffizienten Wärmepumpen ins BGB mit Anhebung der Mindest-Jahresarbeitszahl auf 3,0.

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]; CO2KostAufG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2604230045** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.03.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

14. **Anpassungen am Regierungsentwurf des Gebäudemodernisierungsgesetzes (GModG) im parlamentarischen Verfahren**

Beschreibung:
Anpassungen am Regierungsentwurf des Gebäudemodernisierungsgesetzes (GModG, Kabinettsbeschluss 13.05.2026) im parlamentarischen Verfahren: (1) Anhebung der Bio-Treppe in § 43 Abs. 1 GModG auf 80 Prozent ab 2042 und 100 Prozent ab 2045; Ausdehnung der Bio-Treppe ab 2045 auf alle Öl- und Gasbestandsheizungen. (2) Streichung der Begrenzung auf 30 Prozent Brennstoffanteil in § 5a Abs. 3 Nr. 3 KostAufG. (3) 70-Prozent-Pauschale für Erhaltungsanteile bei § 43-Heizungen in § 559c BGB. (4) Mindest-Wärmepumpenanteil von 50 Prozent der Jahresheizarbeit für Hybridheizungen in § 43 Abs. 4 GModG. (5) Erweiterung der Vorbildfunktion in § 4 GModG auf behördlich oder sozial genutzte Gebäude. (6) Einschränkung der Wahlfreiheit in § 42 GModG für Pflegeheime und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung.

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; CO2KostAufG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605270004** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.05.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

15. **Ergänzung Redispatch-Vorbehalt um Anreize zum Netzausbau**

Beschreibung:
Die Stiftung Klimaneutralität schlägt vor, den Redispatch-Vorbehalt im Entwurf des Netzpakets um eine Kostenverantwortung der Verteilnetzbetreiber zu ergänzen. Weist ein Netzbetreiber ein Netzgebiet als kapazitätslimitiert aus, beginnt eine Frist von sechs Jahren. Beseitigt er den Engpass bis dahin nicht, trägt er die Kosten des finanziellen Ausgleichs für abgeregelte Anlagen und darf sie nicht mehr vollständig über die Netzentgelte weitergeben; Einzelheiten legt die Bundesnetzagentur fest. Ausnahmen gelten bei nachgewiesenen Verzögerungen außerhalb seines Einflusses. Die Ausweisung setzt einen Maßnahmen- und Terminplan voraus. Ein beigefügtes Rechtsgutachten (w2k, 2026) hält die Kostenverantwortung für unions- und verfassungsrechtlich vereinbar und enthält Formulierungsvorschläge.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7866 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Synchronisierung des Anlagenzubaus mit dem Netzausbau sowie zur Verbesserung des Netzanschlussverfahrens
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2610060035** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.10.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2610060036** (PDF - 26 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.10.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

16. **Dauerhafte Senkung der Stromsteuer für Haushalte mit Gegenfinanzierung, Änderungen an Netzanschlusspaket und EEG 2027**

Beschreibung:
Die Stiftung Klimaneutralität setzt sich ein für: 1. Dauerhafte Senkung der Stromsteuer für Haushalte auf das EU-Mindestmaß, gegenfinanziert durch eine Anhebung der Erdgassteuer von 0,55 auf 1 ct/kWh. 2. Ersatz der jährlichen Bundeszuschüsse zu den Übertragungsnetzentgelten durch ein staatlich abgesichertes Amortisationskonto für Netzkosten. 3. Änderungen am Netzanschlusspaket: Priorisierung von Netzanschlüssen nach industrie- und klimapolitischer Wirkung mit transparenten Kriterien, flexible Netzanschlussvereinbarungen mit niedrigerem Netzentgelt, regional gestaffelte Baukostenzuschüsse, Überbauung von Netzanschlüssen, Fristen mit Sanktionen für Netzbetreiber. 4. Im EEG 2027: Lenkung des Photovoltaik-Zubaus auf Freiflächen, keine Förderung kleiner Dachanlagen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7300 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2027 (Haushaltsgesetz 2027 - HG 2027)
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7866 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Synchronisierung des Anlagenzubaus mit dem Netzausbau sowie zur Verbesserung des Netzanschlussverfahrens
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7867 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
StromStG [alle RV hierzu]; EnergieStG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611240022** (PDF - 20 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 26.09.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

17. **Einführung eines EU-Wertschöpfungs-Bonus in der Kaufförderung für E-Autos und Ende der Plug-in-Hybrid-Förderung**

Beschreibung:
Die Stiftung Klimaneutralität setzt sich für eine Änderung der Förderrichtlinie des BMUKN zur Kaufförderung für Elektrofahrzeuge ein: 1. Alle Förderbeträge sinken ab dem ersten Quartal 2027 um 15 Prozent (Grundbetrag 2.550 statt 3.000 Euro, Höchstbetrag 5.100 statt 6.000 Euro). Fahrzeuge, deren Karosseriebau, Lackierung und Endmontage in der EU stattfinden, erhalten den Abzug als Wertschöpfungs-Bonus zurück. 2. Die Förderung von Plug-in-Hybriden endet für Zulassungen ab dem 1. Januar 2027. 3. Das BAFA weist Montagewerk und Preisklasse jedes geförderten Modells aus. 4. Die Bundesregierung soll dazu bewogen werden, im Rat der EU auf eine konsequente Umsetzung des Industrial Accelerator Act (IAA) hinzuwirken. Sobald der IAA gilt, ersetzt er den Bonus.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 236/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens von Maßnahmen zur Beschleunigung der Verstärkung der industriellen Kapazitäten und der Dekarbonisierung in strategischen Sektoren sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/1724, (EU) 2024/1735 und (EU) 2024/3110

Interessenbereiche:
Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611240025** (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.10.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2025-10-17-Jahresabschluss-2024.pdf